

D'BÄRETATZE

DIE NEUSTEN NACHRICHTEN VON



Zeitung der Berner Freiheits- & Friedenspartei - Ausgabe Nr. 2 - Herbst 2025 - CHF 5.-

Wendepunkt am Grauholz

Wegweisende Entscheidungen zu den IGV und der EU an der ersten Schweizer Landsgemeinde in Moosseedorf Seiten 2 & 3



Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten von Aufrecht Bern, liebe Freunde der Freiheit

Die zweite Ausgabe der «BÄRETATZE» liegt nun vor euch, nachdem die erste erfreulicherweise so gut angekommen ist. Auch wenn der Vorstand während des Sommers nicht überall vollständig präsent sein konnte, ist viel passiert. Das Referendum zur E-ID und die Kompass-Initiative konnten mit mehr als ausreichend Unterschriften eingereicht werden. Am 28. September kommt die E-ID bereits zur Abstimmung. Inzwischen ist die Organisation der nächsten Wahlen angelaufen, nun sind wieder alle Mitglieder gefragt. Schreibt euch in die Wahllisten ein, nur so gelingt auch der Einzug ins Parlament. Wir freuen uns, Euch alle den bevorstehenden Anlässen wieder einmal persönlich zu treffen.

Euer Rolf Gautschi,
Vizepräsident Aufrecht Bern

Entscheidung zu Schweizer Sozialkredit-System

Letzte Ausfahrt am 28. September 2025 an der Urne. Seite 5

Massen- Überwachung?

Stimm NEIN zur gefährlichen
E-ID am 28. September 2025



Inhaltsverzeichnis

Landsgemeinde - Seite 2
EU-Knechtschaft - Seite 3
Nein zur E-ID - Seite 5
Staatsverweigerer - Seite 9
Referendum - Seite 11
Churz & Bündig - Seite 12

Grossandrang an Landsgemeinde

Der Souverän zeigte sich einig und übernahm wieder das Zepter

Historisches ereignete sich am 5. Juli 2025 beim Grauholzdenkmal in Moosseedorf: Aufrecht Bern organisierte in enger Zusammenarbeit mit dem Verfassungsbündnis Schweiz und mit Unterstützung des Aktionsbündnisses freie Schweiz, kurz ABF, die erste Schweizer Landsgemeinde.

Da der Wille des Souveräns und die Bundesverfassung zunehmend missachtet werden, die Bürgerrechte in den letzten Jahren in einem noch nie dagewesenen Masse beschnitten wurden und die Eingriffe von Staat und Verwaltung immer weiter in das Leben der Bürger hinein reichen, entwickelte sich – auch inspiriert durch das Buch “2048” von David Dürri – die Idee einer Schweizer Landsgemeinde.

Idee dieser Landsgemeinde ist, dass sich der Souverän wie in den Ursprüngen unserer Demokratie an einem bestimmten Tag unter freiem Himmel trifft und im Rahmen einer feierlich abgehaltenen Versammlung über politische Geschäfte diskutiert und abstimmt.

Erwartet wurden 100 Teilnehmer, rund 400 Bürgerinnen und Bürger aus der ganzen Schweiz folgten der Einladung zum Grauholzdenkmal – sogar Bündner und Tessiner reisten an. Die Entscheidungen der Landsgemeinde fielen sehr klar aus: Ohne Gegenstimme wurde das Opting-Out zu den internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der WHO beschlossen. Politische Entscheidungen des Souveräns dürfen zudem während einer Frist von 10 Jahren nicht durch Staat & Verwaltung erneut zur Abstimmung gebracht werden (Beispiele Medienförderung & E-ID). Die Landsgemeinde beschloss weiter, den EU-Knechtschaftsvertrag dem obligatorischen Referendum zu unterstellen und den eidgenössischen Räten die Legitimation abzusprechen.

Mittels eingeschriebenen Briefen wurden im Anschluss die WHO, Bundespräsidentin Karin Keller-Suter, die National- und Ständeratspräsidenten sowie der Bundeskanzler über die Entscheide des Souveräns in Kenntnis gesetzt.



Landsgemeinde 2026

Bereits hat die Planung für die zweite Ausgabe der Schweizer Landsgemeinde begonnen. Im Jahr 2026 wird die Landsgemeinde voraussichtlich auf dem Berner Bundesplatz stattfinden. Landsgemeinden sollen künftig auch wieder in den Kantonen durchgeführt werden. Wer bei der Organisation mithelfen will, meldet sich bitte.

Freiheit oder Knechtschaft

Auszug aus der Rede von Jonathan Zbinden zum EU-Knebelvertrag

Liebi Froue u Manne

Haben Sie schon einmal von der «Arzneimittelstrategie für Europa» gehört? Oder von EU4Health? Oder der Exekutivagentur für Gesundheit & Digitales? AMLA? Oder vom europäischen Grünen Deal und der europäischen Digitalstrategie, welche alle gemäss EU-Webseite miteinander stehen im Einklang stehen?

Nebst der bereits bekannten Problematik der automatischen Rechtsübernahme, des Schiedsgerichts und der sogenannten, angeblichen Schutzklausel gegen die Zuwanderung möchte ich Ihnen heute einen ausserordentlich wichtigen Bereich des EU-Knechtschaftsvertrags näher bringen, welcher bisher in der Öffentlichkeit noch keine Beachtung fand. Konkret geht es um das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über die Gesundheit. Hier sollen wir, der Souverän, mit dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten – im Vertrag einfach «das Zentrum» genannt – eingehen. «Die Schweiz beteiligt sich in vollem Umfang am Verwaltungsrat des Zentrums und verfügt dort mit Ausnahme des Stimmrechts über dieselben Rechte und Pflichten wie die Mitgliedstaaten der Union.»

...Meine Damen und Herren. Auf Grund unserer Erfahrungen der letzten Jahre schrillen bei mir alle Alarmglocken. Stellen Sie sich nicht auch die Frage, warum die Schweizerische Eidgenossenschaft einen solches Gesundheitsabkommen mit der EU abschliessen soll?

Was hat eigentlich überhaupt ein Unterhändler, ein Verwaltungsangestellter oder ein Bundesrat für ein Interesse an einem solchen Vertrag? Oder ist das Interesse an diesem Vertrag vielleicht auf der anderen Seite des Tisches zu suchen, bei Frau Ursula von der Leyen? Wir müssen uns diese zentrale Frage stellen, um welche Absichten und Interessen es hier konkret geht! Insbesondere wenn wir mittlerweile recherchiert haben, dass unweit von hier das Labor Spiez eine zentrale Rolle bei der Covid-Plandemie gespielt hat und das Berner Oberland somit zum unsichtbaren, zentralen NATO-Biowaffenlabor mutiert ist. Auch im Bezug auf ein weiteres Abkommen, das geschlossen werden soll, das Stromabkommen zur Beraubung unserer Wasserreserven in den Alpen – gilt es, Widerstand zu leisten...

Wir tun wir jetzt gut daran, uns an den wichtigsten Teil des Bundesbriefes von 1291 zu erinnern, der besagt: «Wir haben auch einhellig gelobt und festgesetzt, dass wir in den Tälern durchaus keinen Richter, der das Amt irgendwie um Geld oder Geldeswert erworben hat oder nicht unser Einwohner oder Landsmann ist, annehmen sollen.»

Geschätzte Bürger, sorgen wir heute dafür, dass dieser bald 734 Jahre alter und weiser Entscheid – wie damals von den drei Eidgenossen gewollt, «so Gott will dauernden Bestand haben».

Die vollständige Rede ist auf YouTube abrufbar, Stichwortsuche "Landsgemeinde 5. Juli 2025 Grauholzdenkmal".

„Olivier Kesslers aufregend erzählter Debütroman macht nachdenklich. Denn er zeigt uns eine dystopische Zukunft, welche nur die logische Konsequenz der Ideen ist, die heute unsere Gesellschaft beherrschen. Aber es gibt auch andere Ideen, die Ideen der Freiheit. Werden sie obsiegen? Und welche Rolle spielt unser Geld dabei? Spannend!“

Philipp Bagus



Ein Roman wie ein Aufschrei – über Liebe, Mut, Macht, Geld und das kostbarste Gut, das wir verteidigen müssen: unsere Freiheit.

Olivier Kessler
Befreiungsschlag
1. Auflage 2025
392 Seiten, Hardcover
ISBN: 978-3-98617-085-1
Größe: 21 x 14,8 x 3,6 cm
Preis: 28,- €/29,80 CHF
Zum Buch/E-Book/Hörbuch:



Die Welt im Jahr 2048 ist ein präzise orchestrierter Albtraum. Die UNO-Weltregierung hat die Menschheit mit einem Sozialkreditsystem und einer digitalen Weltwährung in Fesseln gelegt. Kameras beobachten, Algorithmen urteilen, Maschinen vollstrecken. Wer nicht spurt, wird aussortiert. Mike versucht als Zwei-Sterne-Bürger in einem der überwachten Distrikte Zürichs über die Runden zu kommen. Doch dann verliebt er sich unsterblich in Maria. Ihr höheres Rating macht jede Annäherung illegal. Beim Austricksen der KI sind daher Mut, Kreativität und ein Funken Wahnsinn gefragt. Inmitten einer dystopischen Knechtschaft wächst eine Liebe, welche die Welt verändert. Durch Maria gelangt Mike in Kontakt mit längst verschütteten Ideen – und einem geheimen Plan zur Rebellion gegen die dunkle Macht. Plötzlich ist da Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft.

Olivier Kessler ist Ökonom, Publizist und Direktor des Liberalen Instituts. Zuvor war er für mehrere Public-Affairs-, Medien- und Finanzunternehmen tätig. Kessler hat an der Universität St. Gallen International Affairs & Governance studiert.



„Wenn George Orwell, Ayn Rand und Satoshi Nakamoto zusammen ein Buch geschrieben hätten – es wäre dieses hier. So emotional wie eine grosse Liebesgeschichte, so klug wie ein wirtschaftliches Lehrbuch – und doch poetisch, spannend und zutiefst menschlich. Ich bin begeistert! Ein Meisterwerk!“

Laura Manco

Pourquoi il faut voter Non à l'E-ID

le 28 septembre 2025

Aucune garantie contre la surveillance et la piratage de nos données

Pour commencer, il faut rappeler qu'en 2021, 64% des votants avaient clairement voté NON à l'identité numérique, refusant « officiellement » de confier la gestion de l'e-id à des entreprises privées étrangères.

Pourtant, le 20 décembre 2024, dernier jour de la session d'hiver du Parlement, à 8h26 du matin, 170 membres du Conseil National ont accepté le projet de loi sur l'identité numérique, balayant de ce fait la décision prise par le peuple 3 ans plus tôt. 25 membres du Conseil national ont voté contre, un membre s'est abstenu, 2 étaient excusés, 1 membre n'a pas participé au vote, et le Président ne pouvait pas prendre part à ce vote.

Du côté du Conseil des Etats, ce sont 43 membres qui ont accepté ce projet de loi. Il n'y a eu qu'une seule voix contre et un excusé. Nous sommes par conséquent devant un fait accompli: «Nos élus ne respectent absolument pas la volonté populaire».

La Confédération nous vend cette identité électronique comme étant plus pratique, plus sûre, et blablabli et blablabla. Plus pratique? Je ne suis pas convaincu que nos anciens qui ont déjà du mal à utiliser un smartphone en soient bien convaincu. Plus sûre? Demandons au personnel ainsi qu'aux patients de l'entreprise Vidymed ce qu'ils pensent de la cyber sécurité «haut de gamme» en Suisse. Le piratage des données médicales confidentielles d'un grand nombre de patients et la mise hors-service

du système informatique de Vidymed fin 2024 a rendu l'accès aux dossiers des patients impossible pendant plusieurs semaines par les médecins traitants avec les conséquences catastrophiques qui auraient dû en découler.

De plus, la Confédération prétend que ce document e-ID sera délivré par Fedpol et pourra ensuite être conservé dans un wallet (dossier électronique) qui sera fourni par une entreprise privée. Oui mais... quelle entreprise privée? Et bien suite à un appel d'offre, l'entreprise qui a décroché le jackpot est: ELCA SA

Mais qui est donc Elca SA? Elca SA est une entreprise spécialisée dans la sécurité informatique et dont le CEO est depuis 2015 un certain Monsieur Cédric Moret. Moret est diplômé de l'Université de Lausanne et titulaire d'un MBA de la Harvard business School. Il a précédemment occupé des postes au sein de la direction chez Procter & Gamble, au sein de la direction de Migros, ainsi que chez..... McKinsey, entreprise de «conseils», bien connue pour les «conseils» qu'elle a donné à de nombreux gouvernements occidentaux entre 2020 et 2022 concernant la gestion de la crise Covid, avec les conséquences qui en ont découlé.

Et puisque nous parlons de McKinsey, j'en profite pour mentionner le fait que ce cabinet de conseils infiltré dans presque tous les états occidentaux est également présent en Suisse au sein du DDPS qui

dépense chaque année 675 millions de francs en conseillers externes selon les dires de Michael Götte de l'UDC SG. Pourtant, le DDPS dispose d'une armée de juristes confirmés et grassement payés dont le travail devrait consister à repérer et dénoncer les mauvais choix de ces fameux conseillers externes.

J'en déduis par ailleurs que McKinsey est sans doute en grande partie responsable du choix des F35 comme futurs avions de combats pour défendre notre territoire, avions qui en plus de leurs prix exorbitants ne peuvent pas décoller sans l'aval de l'état-major des USA.

Il convient également de mentionner que Monsieur Cédric Moret est également le CEO de la société SECON AG. Peu de gens le savent mais SECON AG est la société mère de l'entreprise Serafe. Oui, Serafe, cette entreprise «privée» créée à la demande de la Confédération pour remplacer Billag et encaisser le racket. Oups... les redevances pour l'audio-visuel afin de financer principalement la SSR et sa propagande d'Etat «officielle et permanente» tout en laissant quelques miettes aux petites radios et chaînes de télévision régionales. Il est important de mentionner que Serafe réalise chaque année un bénéfice non-négligeable.

Le journal NZZ Am Sonntag nous a révélé au début de cette année que le bénéfice annuel de Serafe est passé de 1 million en 2019 à 6 millions en 2024, bénéfices que Serafe reverse sous forme de dividendes à SECON AG, c'est à dire dans les poches de Monsieur Cédric Moret.

Ne sommes-nous pas là en présence d'un détournement d'argent public? Tout cela est-il légal? Même si Serafe se défend en prétendant avoir répondu à un appel d'offre «risqué» qui mérite maintenant un retour

sur investissement? Ho, j'oubliais un petit détail. Les données personnelles des clients de Serafe sont sauvegardées sur un serveur en Nouvelle Zélande, état dans lequel les données informatiques ne sont en aucun cas en sécurité en raison de la législation autochtone.

Je m'autorise à supposer que ce Monsieur Cédric Moret doit hypothétiquement avoir de très très bons amis au sein de l'administration fédérale afin de pouvoir proposer ses services à autant de départements dépendant de la Confédération.

Mais revenons à l'identité électronique. Selon l'administration fédérale, les coûts de mise en oeuvre jusqu'en 2028 se montent à 182 millions de francs et les frais d'exploitation à partir de 2029 sont estimés à environ 25 millions de francs par an.

Vous savez déjà dans quelles poches va finir une grande partie de ce montant mais rappelez-vous du prix soit disant «sûr» des nouveaux avions de combat F-35 commandés par Mme Ahmerd, un prix qu'elle nous garantissait comme étant fixe et garanti mais qui pourtant ne cesse d'augmenter alors que la date de livraison n'est pas sûre avec en plus aucune garantie que le produit commandé puisse avoir un jour la moindre utilité.

Et qu'en est-il de l'argument «facultatif»? Le descriptif officiel nous dit que toutes les démarches auprès de la Confédération qui pourront se faire virtuellement avec une simple présentation de l'e-ID pourront continuer à se faire physiquement, un peu comme la poste continue à distribuer le courrier bien qu'il y en ait de moins en moins et qui supprime régulièrement des offices dans les petites localités après avoir

licencié de nombreux facteurs professionnels remplacés par des employés payés à l'heure et surchargés de travail dans un but de rentabilité avec pour conséquence que, par exemple, de nombreuses lettres finissent dans la boîte aux lettres d'un voisin et n'arrive jamais à son vrai destinataire.

On peut s'attendre de ce fait à voir de moins en moins d'employés dans les administrations et par conséquent, de moins en moins en contact avec les citoyens.

J'ai souvenir du secrétaire communal du village où j'ai grandi à qui je pouvais demander tous les renseignements possibles et qui se faisait un plaisir de me les expliquer tout en me donnant les «bons tuyaux» afin que mes requêtes aboutissent au mieux. Je connaissais son nom, sa famille, et lui également. Il y avait un respect mutuel parce qu'il y avait un contact direct. Le remplacement des contacts directs par le « tout informatique » va encore faire grandir le fossé entre le citoyen et les administrations.

Vouloir tout informatiser et tout automatiser nous emmène vers un futur où le citoyen ne sera plus qu'un numéro dans un fichier informatique.

Il est également indispensable de mentionner que ce système a été étudié et proposé par «on ne sait pas qui» afin de répondre aux normes internationales afin que l'e-ID puisse être utilisée aussi à l'étranger, tel que l'a annoncé en août 2025 le Conseiller fédéral Martin Pfister dont l'obsession semble être que la Suisse puisse se fondre au mieux dans l'Union européenne sans que cela se voie trop.

Pour toutes ces raisons, il est important de VOTER « NON » à l'e-ID le 28 septembre 2025.

Jean-Michel Corthésy,
membre et responsable
francophone Aufrecht
Bern, Lengnau BE



Bernstrasse 40
CH-3128 Rümligen
Tel: +41 79 935 31 28
Nur telefonische Reservationen
www.restaurant-schwanen.ch

Öffnungszeiten
Montag, Dienstag und Freitag 16-23 Uhr
Samstag und Sonntag 9-15 Uhr





DANIELE GANSER

DO., 23. OKTOBER 2025

TUROFFNUNG 18:30 UHR

BEGINN 19:30 UHR

MZA PÖSCHEN

SCHWARZENBURG BE

EINTRITT CHF 35.-

Live!



TICKET SICHERN

Üble Propaganda und Hetze gegen sogenannte Staatsverweigerer

Christian Aellen beleuchtet die Diffamierung Andersdenkender

Seit geraumer Zeit häufen sich Zeitungsartikel in den Main-Stream-Medien, welche über "Probleme mit Staatsverweigerer" berichten. Diese Art der Berichterstattung widerspricht dem Presse- und Journalisten-Kodex, ist ein Armutszeugnis und eine Schande für die Mainstream-Medien, denn:

Die Berichterstattungen strotzen von negativen Aussagen und Beurteilungen, sind eine Verhetzung gegenüber einer Minderheit, brandmarken Andersdenkende als gefährlich und bringen sie in Verruf! Die Berichterstattungen zeugen von einer einseitig geführten Propaganda und sind absolut manipulierend!

Doch wie entstehen diese sogenannten "Staatsverweigerer" oder "Verschwörungstheoretiker"? Sie entstehen nicht aus dem Nichts! Die bewusst fälschlich als "Staatsverweigerer" und "Verschwörungstheoretiker" bezeichneten Menschen, sind Menschen wie Du und ich. Menschen, die realitätsbezogen denken. Menschen die versuchen, ihre Mitmenschen auf Missstände aufmerksam zu machen. Aufmerksam auf Falschmeldungen, verfassungswidriges Verhalten, eigenwillige Bestimmungen, dem nicht rechtskonformen Vorgehen der Politiker, Volksvertreter, Staatsdiener, Lobbyisten, die die Regeln, Gesetzgebungen, Motionen, Petitionen, die Bundesverfassung, die geltenden Menschenrechte u.v.a.

missachten und übergehen. Sobald diese Menschen ihre Gedanken, ihre Ansichten und Erkenntnisse laut kundtun (was grundsätzlich jedes Bürgers Pflicht wäre) - Erkenntnisse also, die nicht dem von der Regierung vorgegebenen Narrativ entsprechen - dann werden diese Menschen als "Staatsverweigerer" diskreditiert und somit wird ihre Lebensgrundlage und Existenz grundlegend zerstört.

Die Politiker, Volksvertreter, Staatsdiener, Lobbyisten zeigen hiermit eindeutig ihr Vorgehen Fehlverhalten (das gegen jedes geltende Recht, die Bundesverfassung, die Grundrechte der Menschen, den Verstand und gegen jede Rechtsgültigkeit spricht und handelt) gegenüber den Schweizer Bürgern, die ihre Meinungsäusserungsfreiheit wahrnehmen und damit die Freiheit und Neutralität der Schweiz bewahren möchten, auf.

Doch genau diese mutigen Mitmenschen, die ihre Pflicht wahrnehmen und dieser Pflicht auch nachzukommen versuchen, sind vielen "Politikern, Volksvertretern, Staatsdienern, Lobbyisten" ein Dorn im Auge, weswegen die Mainstream-Medien beauftragt wurden und immer noch sind, eine üble Propaganda gegen diese mutigen und pflichtbewussten Mitmenschen zu verbreiten und sie als "Staatsverweigerer" und "Verschwörungstheoretiker" in Verruf zu bringen. Die Vergehen, Unterlassungen und Fehler müssen korrigiert werden. Den

Betroffenen ist der gute Ruf wieder herzustellen und es sind entsprechende Entschädigungen zu leisten, ähnlich dem unrühmlichen und eingestellten Verfahren im Fall Corona-Leaks Berset/Lauener.

"Politiker, Volksvertreter, Staatsdiener, Lobbyisten", wie z.B. der ehemalige Bundesrat Alain Berset, der wohlwissend der Unrichtigkeit seiner Aussagen, die mRNA-Impfung gegen Covid19 als sehr wirksam lobte und dass diese Impfung uns vor einer Ansteckung dieses "hochgradig gefährlichen Virus" schütze, sind in Wirklichkeit die Ursachen, dass sich das Phänomen "Staatsverweigerer" immer mehr vermehrt und ausbreitet.

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass auch gegen Bundesrat Alain Berset wie auch gegen die Swissmedic eine Anklage wegen Falschinformation und bewusster Irreführung oder direkt gesagt bewusstem Anlügen der Schweizer Bürger, gestellt wurde. Doch durch die Wahl in den Europarat konnte sich Berset der Anzeige gegen ihn unrühmlich entziehen! Am Rande sei bemerkt, dass für die Anzeige der Swissmedic 2 Jahre und 5 Monate nach der zuständigen Anwaltschaft gesucht wurde, was eindeutig den Tatbestand der Verschleppung erfüllt.

An dieser Stelle muss auch noch erwähnt werden, dass viele weitere Tatsachen aufgeführt werden könnten, warum immer mehr Bürger den Glauben an unsere "Staatsdiener" verlieren, doch das würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Eine der meistgehörten Aussagen von Bürgern in Bezug auf die "Staatsdiener ist: "Die machen sowieso was sie wollen"! Diese Aussage macht eindeutig klar, dass die Regierenden eben nicht den Volkswillen vertreten, sondern den Willen irgendwelcher Lobbyisten, selbsternannten von

uns nicht gewählten Organisationen sowie Pharma-, Tech-, Wirtschafts- und Finanz-Giganten. Sie erlassen Bestimmungen, die weder rechtliche noch wissenschaftliche Begründungen haben und oftmals schlicht gesagt Lügen sind.

Dieses ungerechte, unakzeptable Vorgehen und Fehlverhalten darf so nicht weiter toleriert werden! In einer Demokratie ist es grundsätzlich Pflicht, die Stimme einzelner Bürger und erst recht die Stimmen vieler Bürger, die gegen staatliche Falschinformation, Unterlassungen und Rechtsbrüchen aufbegehren auch Gehör zu geben, ansonsten es keine Demokratie mehr ist.

Die Unterdrückung und Eliminierung von unterschiedlichen Meinungen oder dem Narrativ nicht folgenden Ansichten, ist und war noch nie eine Lösung. Nur das gemeinsame Aufarbeiten von Problemen und das gemeinsame Erarbeiten von Lösungen kann Erfüllung bringen. Werte Leser, hier können wir uns nun abschliessend die folgenden Fragen stellen: Wer verweigert sich hier gegen wen oder was? Und wer schwört sich hier gegen wen oder was?

Rosa Luxemburg schrieb 1918: "Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden". Und "Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit."



Raubzug auf die Familien stoppen!

Aufrecht Schweiz ergreift Referendum gegen Individualbesteuerung



Im Schatten der E-ID-Abstimmung haben Parlamentarier bereits den nächsten “Steuer-Raubzug” auf die Bürger geplant.

Die vorgesehene Individualbesteuerung bestraft traditionelle Familien steuerlich. Ehepaare, die ihre Kinder selber erziehen und betreuen, müssen als Einverdiener-Haushalte mehr Steuern bezahlen, während gutverdienende Doppelverdiener-Haushalte profitieren würden. Das diskriminiert unsere Familien als Rückgrat unserer Gesellschaft!

Mit der Individualbesteuerung müssten die Steuerbehörden eine Flut von zusätzlichen 1,7 Millionen (!) Steuererklärungen bewältigen. Dazu bräuchte es schweizweit bis zu 2'000 neue Steuerbeamte, was zu Mehrkosten in Milliardenhöhe – notabene zu Lasten der Steuerzahler – führen würde. Die finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit Steuern und Abgaben ist so gross wie noch nie! Der Mittelstand arbeitet heute praktisch ein halbes Jahr lang, um alle staatlichen Zwangsabgaben zu

bezahlen. Der Mittelstand kommt immer mehr in finanzielle Bedrängnis. Darunter leidet die Wirtschaft, weil die Familien immer wie weniger investieren können.

Steuern sind Abgaben, welche unter Androhung und Anwendung von Gewalt geleistet werden. Politik und Verwaltung brauchen immer mehr Geld der Bürger für die Finanzierung der ausufernden Staatsaufgaben. Familien brauchen aber jetzt dringend eine Entlastung von sämtlichen Steuern und Abgaben!

Konkretes Rechenbeispiel

Ein Ehepaar, bei dem beide Ehepartner z.B. je CHF 60'000.- verdienen, kann einen Kinderabzug von CHF 12'000.- geltend machen. Ein Ehepaar, bei dem nur ein Elternteil erwerbstätig ist und z.B. CHF 120'000.- verdient, muss sich mit einem Kinderabzug von CHF 6'000.- begnügen. Das bedeutet im Klartext: die Ehefrau, die sich um die Familie und die Erziehung der Kinder kümmert, geht leer aus, weil sie über kein abzugsfähiges Einkommen verfügt. Das ist diskriminierend!

Zusammen mit den Freunden der Verfassung, dem Lehrernetzwerk Schweiz und dem Verfassungsbündnis Schweiz hat Aufrecht Schweiz deshalb beschlossen, das Referendum zu ergreifen.

Bitte unterzeichne zusammen mit Familie und Freunden das Referendum und sende uns den beiliegenden Unterschriftsbogen so rasch wie möglich ausgefüllt zurück – vielen Dank für Deine Unterstützung!

Und zum Schluss noch dies...

Wichtige Termine und Anlässe - Ausblick auf die nächste Ausgabe



PETER HAHNE
DO, 25. SEPTEMBER 2025
MZA PÖSCHEN
SCHWARZENBURG BE
TÜRÖFFNUNG 18:30 UHR
BEGINN 19:30 UHR
EINTRITT FREI - KOLLEKTE

Live!



TICKET SICHERN

Stammtische Aufrecht Bern im 2. Halbjahr

- Donnerstag, 16. Oktober 2025, ab 19 Uhr im Restaurant Sternen in Bümpliz
- Dienstag, 18. November 2025, ab 19 Uhr im Restaurant Bahnhof in Kaufdorf

Donnerstag, 25. September 2025

Vortragsabend mit Peter Hahne, bekannter deutscher Fernsehmoderator und Autor, MZA Pöschchen in Schwarzenburg BE

Donnerstag, 23. Oktober 2025

Vortragsabend mit Daniele Ganser, bekannter Friedensforscher und Autor, MZA Pöschchen in Schwarzenburg BE

Weitere interessante Anlässe und Events findest Du auf www.freiheitskalender.ch

Rückmeldungen und Leserbriefe

Gerne drucken wir Deinen Leserbrief in der nächsten Ausgabe der "Bärentatze" ab. Sende uns Deinen kurzen, prägnanten Text an kommunikation@aufrecht-bern.ch.

Ausblick auf nächste Ausgabe im Winter 2025 mit folgenden Schwerpunkten

"Die zentrale Rolle des Kantons Bern in der globalen Corona-P(1)andemie"

Exklusiv-Interview mit Remko Leimbach, Präsident Aufrecht Schweiz - Kritische Fragen zum neuen Parteiprogramm von Aufrecht Schweiz

Die Grossratswahlen im März 2026, das brandneue Parteiprogramm von Aufrecht Bern und unsere Kandidaten im Portrait

Impressum D'BÄRETATZE

Herausgeber:
Aufrecht Bern
Postfach 9176
3001 Bern
www.aufrecht.be



Auflage 500 Exemplare
Erscheint 4x pro Jahr

Jahresabonnement ohne Mitgliedschaft für CHF 20.- möglich, Bestellungen an sekretariat@aufrecht-bern.ch